

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 2 (1922-1923)
Heft: 10

Artikel: Das Auswanderungsproblem in Oesterreich
Autor: Kautsky, Benedikt
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-328445>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Auswanderungsproblem in Oesterreich.

Von Benedikt Rautschy, Wien.

In Heft 8 der „Roten Revue“ hat Genosse Nobs einen Artikel über die Auswanderungsfrage in der Schweiz veröffentlicht, der beweist, daß die Probleme dort eine gewisse Ähnlichkeit mit denen in Oesterreich besitzen. Auch hier ist seit dem Umschlag der Hochkonjunktur in die Krise, der im Herbst vorigen Jahres infolge der Kronenstabilisierung erfolgte, die Auswanderungsfrage sehr aktuell geworden. Die Arbeitslosigkeit, die in den Jahren 1920 und 1921 unbedeutend war — die Zahl der Arbeitslosen betrug im Dezember 1921 nur etwa 10,000 in ganz Oesterreich — hat schon im Laufe des Jahres 1922 unter dem Einfluß der durch den Marktsturz begünstigten deutschen Konkurrenz einen größeren Umfang angenommen. Während aber die Zahl der Arbeitslosen im Frühjahr und Sommer 1922 nie über 40,000 hinausging, stieg sie seit August rapid an, um im März 1923 mit 160,000 einen Höhepunkt zu erreichen. Jetzt ist ein leichtes Abflauen der Ziffern zu bemerken, das auf die bessere Witterung und die insbesondere von der sozialdemokratisch verwalteten Gemeinde Wien energisch geförderte Bautätigkeit, teilweise auch auf den durch die Ruhraktion herbeigeführten Wegfall der deutschen Konkurrenz in mehreren Industriezweigen, insbesondere in der Schwerindustrie, zurückzuführen ist.

Dennoch bleiben die Ziffern immer noch erschreckend hoch; namentlich in der Wiener Metallindustrie, die zum allergrößten Teil eine Fertigindustrie ist, macht sich eine Erleichterung kaum bemerkbar. Die Zahl der Arbeitslosen in der Metallindustrie Wiens bleibt schon seit Monaten mit etwa 25,000 stationär, zu denen noch eine große Anzahl von Kurzarbeitern kommt, die nur 24 bis 36 Stunden in der Woche arbeiten.

Diese anhaltende Arbeitslosigkeit in der Metallindustrie deutet auf ein Problem, das weit ernster ist, als man auf den ersten Blick annehmen möchte. Die Metallindustrie auf dem heutigen Gebiete Oesterreichs versorgte zum größten Teil das frühere Wirtschaftsgebiet Oesterreich-Ungarn, auf dem infolge außerordentlich hoher Schutzzölle nur die heimische, hauptsächlich in Böhmen konzentrierte Industrie als Konkurrenz in Frage kam. Im Krieg hat sich die Metallindustrie sehr stark entwickelt. Es sind vor den Toren Wiens ganze Industriestädte emporgewachsen, die die Erzeugung von Kriegsgeräten aller Art in intensivster Weise betrieben. Um den ständig steigenden Bedarf der Armee zu befriedigen, wurden Arbeiter der verschiedensten Kategorien in diese Betriebe gelockt, ja zum großen Teil, da alle diese Betriebe unter dem Kriegsleistungsgesetz, das heißt also unter militärischem Kommando standen, zwangsweise hineinkommandiert.

Auf diese Weise entstand eine Metallindustrie, die weit größer war als im Frieden und die zum regelmäßigen Funktionieren auch eines größeren Absatzgebietes bedurft hätte. Die Revolution des

Jahres 1918 zerriß aber das bisher vorhandene Absatzgebiet, und jeder der neuen Nationalstaaten suchte durch Zollmauern und Einfuhrverbote eine eigene Industrie großzuziehen. Solange die Geldentwertungskonjunktur fortduerte, vermochte die österreichische Industrie diese Hindernisse durch ein ausgedehntes Valutadumping zu überwinden. Seit aber die Ausfuhrprämie der Geldentwertung fehlt, muß der Absatz naturgemäß stocken, weil das heutige Österreich keinen genügend großen Markt für unsere Metallindustrie abgeben kann. Dasselbe, was für die Metallindustrie gilt, gilt für einen großen Teil anderer Industrien, die ebenfalls in ausgedehntestem Maße Exportindustrien sind. Man hat berechnet, daß die Exportquote der österreichischen Industrie im Durchschnitt 40 Prozent der gesamten Produktion erreicht, wobei in einzelnen Industriezweigen der Anteil des Exportes auf über 90 Prozent steigt.

Zu diesem reinen Industrieproblem kommt noch ein zweites, das ebenfalls mit der Zerreizung des alten Wirtschaftsgebietes zusammenhängt. Wien war vor dem Krieg der geistige und organisatorische Zentralpunkt der gesamten Donaumonarchie; es war der Sitz des Hofes, der zentralen Verwaltungskörper und der Direktionen der großen, über das ganze Land verstreuten Industrie-, Bank-, Handels- und Verkehrsunternehmungen. In Wien floß der Mehrwert zusammen, den böhmische, galizische, ungarische, kroatische und alpenländische Arbeiterschafften, in Wien wurden aus diesem Fonds zahllose Privat- und Staatsangestellte aller Art ernährt, die die Regelung des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens der Monarchie besorgten. Einem großen Teil dieser Herrlichkeit hat der Zusammenbruch ein jähes Ende bereitet. Aber nicht genug damit, daß man diesem Verwaltungsapparat die materielle Grundlage entzog, wurde seine Hypertrophie noch dadurch gesteigert, daß die Nationalstaaten zahlreiche Beamte deutscher Nationalität verjagten, die aus nationalen und politischen Gründen in Österreich Aufnahme finden mußten.

So ist das Problem Österreichs in erster Linie ein Problem der Umschichtung. Unproduktive Arbeit muß in produktive umgestellt werden, zu große Industrien müssen abgebaut und neue dafür entwickelt werden. Aber dieser Umschichtungsprozeß erfordert Zeit und Geld und Österreich hat keins von beiden. Es hat nicht die Zeit, zu warten, bis dieser Prozeß sich langsam, nur durch die Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft geregt und dementsprechend von zahllosen Härten und Reibungen begleitet, vollzieht und es hat nicht das Geld, um aus eigener Kraft rasch die Industriezweige auszubauen oder die Produktionsbedingungen zu schaffen, die der österreichischen Industrie in ihrer Gesamtheit und damit auch der österreichischen Arbeiterschaft das Dasein ermöglichen würden. In unserm Land sind Wasserkräfte in reichstem Maße vorhanden, deren Ausbau uns von der österreichischen in reichstem Maße vorhanden, deren Ausbau uns von der tschechischen Kohle wenigstens teilweise unabhängig machen könnte; unsere Spinnereiindustrie liefert genügend Garn, um unsere Bevölkerung zu versorgen, es fehlt uns aber die Weberei, die dieses Garn verarbeiten könnte und

wir sind gezwungen, österreichisches Garn an die tschechischen Webereien zu verkaufen und die tschechischen Gewebe wieder zurückzukaufen.

Die ersten Regierungen des jungen Österreich, die unter starkem sozialdemokratischen Einflusse standen, ließen es sich angelegen sein, die Industrie mit staatlichen Mitteln zu unterstützen. Die Preise der wichtigsten Lebensmittel — Brot, Mehl, Fett — und die Wohnungs- mieten wurden durch Staatszuschüsse oder gesetzliche Regulierungen künstlich niedrig gehalten; dies drückte sich natürlich in niedrigen Geld- löhnen aus. Großzügige Projekte zum Ausbau der Wasserkraft, zur Elektrifizierung der Bundesbahnen usw. wurden ausgearbeitet und in Angriff genommen. Die gemeinwirtschaftlichen Anstalten sollten zu Musterbetrieben ausgestaltet, neue Industrien sollten ins Leben gerufen werden. Während in dieser Zeit die österreichische Industrie wieder zu arbeiten begann, während mit solchen Mitteln das Staatswesen, dessen völligen Zusammenbruch man erwartet hatte, zu neuem Leben erweckt wurde, wurde das finanzielle und wirtschaftliche Bild seit dem Jahre 1920 ein völlig anderes.

Im Oktober 1920 fanden die Wahlen zum Nationalrat statt, die von den bürgerlichen Gegnern unter der Parole der Abschaffung der Steuerlasten geführt wurden. Es gelang ihnen, in diesem Zeichen der Sozialdemokratie eine Reihe von Mitläufern abspenstig zu machen und wieder in das bürgerliche Lager hinzuzuziehen. Auch manche von denen, die die Erinnerung an die Kriegsgreuel im Jahre 1919 in die Reihen der Sozialdemokratie getrieben hatte, waren wieder ab- geschwenkt, so daß es nicht verwunderlich war, daß die Sozialdemokratie ihre Stellung als die stärkste Partei an die Christlichsozialen, die Vertreter des Bauerntums und der städtischen Kleinbürger abgeben mußte.

Die Christlichsozialen versuchten, ihr Wahlversprechen einzuhalten. Die direkten Steuern, auf die die Sozialdemokratie das Hauptgewicht gelegt hatte, traten völlig zurück und die Finanzierung des Staats- haushaltes erfolgte ausschließlich durch indirekte Steuern, Zölle und den Druck neuer Banknoten. Die Inflation nahm einen so gewaltigen Umfang an, daß der völlige Zusammenbruch der Währung im August 1922 bevorstand. In dieser Zwangslage wußte sich die christlichsoziale Regierung nicht mehr anders zu helfen und wandte sich an den Völkerbund um eine ausgiebige Anleihe, die dem Staat über die nächste Zeit hinweghelfen sollte, um inzwischen die Sanierung des Staatshaushaltes zu vollenden.

Es ist hier nicht der Ort, um über die Bedingungen, unter denen der Pakt mit dem Völkerbund abgeschlossen wurde, zu sprechen. Tatsache ist jedenfalls, daß Österreich aufgehört hat, ein souveräner Staat zu sein und daß es sich heute vollständig in den Händen des Völkerbundskommissärs befindet, der sich als Sachwalter des west- europäischen Kapitalismus fühlt. Es ist daher kein Wunder, wenn die Methoden, mit denen die Sanierung Österreichs versucht wird, um kein Haar anders aussehen, als das Steuersystem in den reaktio- närsten Staaten Europas. Während die Einkommen- und Vermögens- steuern womöglich noch erleichtert werden, wird die ganze Last der

neuen Steuern in der Form erhöhter Zölle und Verbrauchsabgaben auf den städtischen Konsumenten, in erster Linie also auf den Arbeiter gewälzt. Diese Methode hat vorläufig aber nur den Erfolg gezeitigt, daß der heimische Markt außerordentlich verengert worden ist. Dies hat für die österreichische Industrie den ungeheuren Nachteil, daß ihr, die ohnedies infolge der Kronenstabilisierung ihre gute Konjunktur eingebüßt hat und nicht mehr exportieren kann, das letzte verbleibende Absatzgebiet genommen wird. Unter diesen Umständen wird die Arbeitslosigkeit eine immer dringendere Gefahr.

Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit hat zur Folge, daß die Auswanderungsbewegung einen immer größeren Umfang annimmt. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung mit voller Deutlichkeit.

Zahl der Auswanderer aus Österreich seit Ende 1918 nach außereuropäischen Ländern									
	bis Ende 1920	1921	1922	Januar 1923	Februar 1923	März 1923	Januar b. März 1923	Summe	
Zahl der Auswanderer überhaupt	5009	5176	10579	1750	1764	1322	4836	25600	
Vereinigte Staaten von Nordamerika	3000	4157	8256	897	1034	489	2429	17842	
Brasilien.	1500	649	1472	619	418	351	1388	5009	
Argentinien.	300	198	585	216	290	440	946	2029	
Palästina	8	17	38	—	2	8	10	73	
Niederländisch-Indien	120	73	30	3	1	2	6	229	
Aegypten.	5	3	70	—	—	2	2	80	
Sonstige außereuropäische Länder.	76	79	128	15	19	21	55	338	
Summe	5009	5176	10579	1750	1764	1322	4836	25600	
Wien	1260	1983	2093	230	283	216	729	6065	
Niederösterreich (o. Wien)	909	429	1098	357	269	229	855	3291	
Steiermark	500	452	842	160	211	198	569	2363	
Burgenland	1510	1873	5346	708	825	486	2019	10748	
Sonstige österreichische Bundesländer	830	439	1200	295	176	193	664	3133	
Summe	5009	5176	10579	1750	1764	1322	4836	25600	
Land- und Forstwirtschaft	1100	915	2471	397	370	217	984	5470	
Metallverarbeitung . . .	180	119	323	86	116	135	337	959	
Maschinenindustrie	90	142	279	64	66	69	199	710	
Holzindustrie	20	96	190	40	42	38	120	426	
Textilindustrie	15	37	47	1	12	3	16	115	
Bekleidungsindustrie . . .	94	252	415	52	74	45	171	932	
Baugewerbe	85	265	370	89	91	90	270	990	
Kaufmännisches Personal	55	296	343	64	59	38	161	855	
Haushaltungspersonal .	770	675	1102	109	128	92	329	2876	
Hilfsarbeiter	700	272	839	135	151	89	375	2186	
Offiziere u. Militärbeamte	520	7	2	—	—	—	—	529	
Andere Berufe	420	1202	1621	222	230	182	634	3877	
Angehörige d. Auswand.	960	898	2577	491	425	324	1240	5675	
Summe	5009	5176	10579	1750	1764	1322	4836	25600	
Zahl der männlichen Auswanderer	5009	5176	6021	1169	1212	916	3297		
weiblichen Auswanderer			4558	581	552	406	1539		

Diese Tabelle zeigt die interessante Tatsache, daß die Auswanderung unter den Landarbeitern des Burgenlandes — das ist der an Österreich abgetretene Teil Westungarns — relativ den größten Umfang angenommen hat, obgleich die österreichische Landwirtschaft über Leutenot klagt. Es ist dies ein Beweis dafür, daß die Bauernschaft trotz aller Bemühungen der jungen Landarbeitergewerkschaft noch immer nicht die sozialen Verhältnisse geschaffen hat, die den Landarbeiter zum Bleiben in der Heimat bewegen. Aber auch in den Qualitätsindustrien Österreichs macht sich eine immer stärkere Abwanderung bemerkbar; die Daten des letzten Berichtsmonats zeigen nur deshalb ein Zurückgehen, weil die Auswanderungsquote in den Vereinigten Staaten bereits erschöpft war, so daß das amerikanische Konsulat keine Visa mehr zur Reise nach Nordamerika gewährte. Nach den Nachrichten, die hier vorliegen, ist mit der Aufhebung der Sperrre im April dieses Jahres sofort eine starke Zunahme der Auswanderung, und zwar gerade in der Metallindustrie, zu bemerken.

Außerdem ist zu berücksichtigen, daß in der Tabelle nur diejenigen Auswanderer aufgezählt sind, die die Hilfe des staatlichen Auswanderungsamtes in Anspruch genommen haben. Es ist aber bekannt, daß außerdem eine starke Abwanderung gerade von Industriearbeitern in die Nationalstaaten, insbesondere nach Jugoslawien stattgefunden hat, die dort in den umgeschaffenen Industrien die Arbeit finden, die ihnen das Heimatland nicht mehr in ausreichendem Maße bietet.

Die Sozialdemokratie hat die Schäden der Wirtschaftspolitik der Regierung Seipel von vorneherein erkannt und es waren nicht zum wenigsten diese Befürchtungen, die sie zu ihrem Widerstand gegen die Genfer Vereinbarungen bewogen. Zugleich aber bedeuten diese wirtschaftlichen Schäden auch die Gefahr einer politischen Reaktion. Wenn die Auswanderungsbewegung einen größeren Umfang annimmt, so muß die Arbeiterschaft ihre energischsten und jüngsten Elemente verlieren. Damit würde der Sozialdemokratie ernstlicher Abbruch, der Reaktion hingegen energischer Vorschub geleistet werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Konsequenz von den Christlichsozialen bewußt angestrebt, daß sie also bewußt auf den Ruin der österreichischen Industrie hinarbeiten, nur um ihre politische Herrschaft zu befestigen.

Der Weltkrieg hat genau so geendet, wie es Friedrich Engels in einem Brief vom 7. Januar 1888 an Sorge vorausgesehen hat. Die betreffende Stelle lautet: „Ein Krieg dagegen würde uns um Jahre zurückwerfen. Der Chauvinismus würde alles überflutzen, da es einen Kampf um die Existenz gäbe. Deutschland würde an die 5 Millionen Bewaffnete stellen, oder 10 % der Bevölkerung, die anderen etwa 4 bis 5 %, Rußland relativ weniger. Aber 10 bis 15 Millionen Kombattanten wären da. Wie sie zu ernähren, möchte ich sehen; es würde eine Verwüstung geben, wie im Dreißigjährigen Krieg. Und rasch ist nichts zu erledigen, trotz der kolossal Streitkräfte . . . Wenn der Krieg ohne innere Bewegungen bis zuletzt ausgekämpft würde, so trate eine Erschöpfung ein, wie Europa sie seit 200 Jahren nicht durchgemacht. Die amerikanische Industrie würde dann auf der ganzen

Linie siegen und uns alle vor die Alternative stellen: entweder Rückfall in die reine Agrikultur für den *Selbstgebräu* (jeden anderen verbietet das amerikanische Getreide) oder — soziale Umgestaltung.“*)

Diese Prophezeiung ist glänzend eingetroffen. Die bürgerlichen Regierungen Europas sind bemüht, die Industrien, die der Krieg nicht zerstört oder geschwächt hat, durch die unsinnigste Wirtschaftspolitik völlig zugrunde zu richten. Die Reparationspolitik, die Politik der Hochschutzzölle und der Einfuhrverbote, die Politik der indirekten Steuern, namentlich aber die Begünstigung der Bauernschaft auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens lassen die Gefahr der Erdrosselung der europäischen Industrie als besonders dringend erscheinen. Die wichtigste Aufgabe für die sozialdemokratischen Parteien aller Staaten des europäischen Festlandes auf wirtschaftlichem Gebiete muß die völlige Umgestaltung dieser verderblichen Bestrebungen des Bürgertums und der Bauernschaft sein. Nur dann wird die europäische Arbeiterschaft die Kraft behalten, die zweite Alternative, die Engels voraussah, zu verwirklichen: die soziale Umgestaltung.

Einige Bemerkungen zu einem historischen Irrtum.

Von Dr. Frits Marbach.

In seinem außerordentlich zeitgemäßen und interessanten Aufsatz „Zwei Volksentscheide und ihre Lehren“ hat Genosse Heeb unter anderm eine Stelle aus Kautsky zitiert, die an die französische Revolution erinnert und in der der große Theoretiker des Sozialismus schreibt, die Gironde hätte das Referendum als Mittel betrachtet, die Übermacht der revolutionären Hauptstadt Paris zu brechen und die Revolution zum Stillstand zu bringen. Dann fügt Kautsky (nach dem Zitat des Genossen Heeb) noch hinzu, als Ludwig XVI. zum Tode verurteilt gewesen sei, hätten die Girondisten eine Volksabstimmung verlangt, weil sie überzeugt waren, den König damit zu retten. Gegen die erste These ist wohl vom Standpunkt des modernen Revolutionshistorikers aus nicht viel einzuwenden. In der Tat betrachtete die Gironde (die typisch bourgeoise Revolutionspartei) die Volksbefragung als ein Mittel zur Hemmung der über das bürgerliche Ziel hinaus sich entwickelnden Revolution. In derselben Richtung bewegten sich die dreimal wiederholten Anträge girondistischer Politiker, das Parlament von Paris nach Bourges zu verlegen. Ein historischer Irrtum ist aber die zweite These Kautskys, wonach die Girondisten durch das Mittel des Referendums nach erfolgter Verurteilung des Königs versucht hätten, diesen zu retten. Allerdings verlangte ein großer Teil der Gironde Unterbreitung des Urteils unter die Volksabstimmung.

*) Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, gez. Diezgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. a. an F. A. Sorge und andere. Stuttgart 1906, Seite 288.